

Von einer Blase keine Spur

Immobilienmarkt. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) gibt Entwarnung: Die deutschen Immobilienmärkte sind gesund – trotz aktuell stark steigender Preise. Denn die sind lediglich Ausdruck einer großen Nachfrage sowie attraktiver Häuser und Wohnungen. 

Deutsche Immobilien werden teurer, vor allem in den Ballungsgebieten. Seit zwei Jahren liegen die Preissteigerungen mit bis zu 4,5 Prozent deutlich über der Inflationsrate.

Angesichts solcher Entwicklungen werden schnell Erinnerungen wach – schließlich begann die weltweite Finanzkrise 2008 zunächst mit

den Turbulenzen auf dem amerikanischen Immobilienmarkt; später stürzten auch Irland und Spanien aufgrund einer Immobilienblase in eine Rezession. Doch Deutschland dürfte es kaum genauso ergehen.

Das IW Köln hat die Lage in den fünf bevölkerungsreichsten Städten Deutschlands untersucht (Grafik).

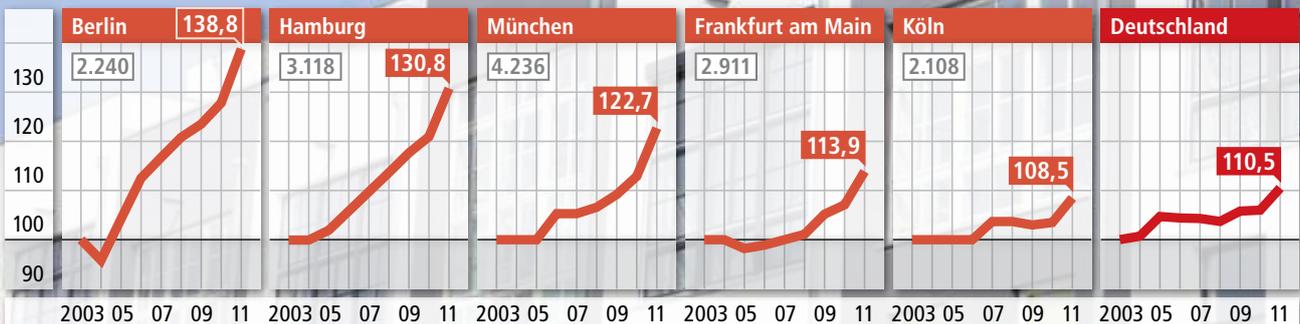
Die höchsten durchschnittlichen Wohnungspreise hat derzeit die bayerische Landeshauptstadt – in München sind gut 4.200 Euro pro Quadratmeter zu bezahlen. Dahinter folgen Hamburg (3.100 Euro) und Frankfurt (2.900 Euro). Günstiger sind Eigentumswohnungen in Berlin (2.200 Euro) und Köln (2.100 Euro). Auch bei der Preisentwicklung gibt es beträchtliche Unterschiede:

Von 2003 bis 2011 stiegen die Preise für Eigentumswohnungen in Berlin insgesamt um 39 Prozent – in 

Teure Großstädte

Preise für Eigentumswohnungen, 2003 = 100

■ Durchschnittliche Quadratmeterpreise im 1. Quartal 2012 in Euro



Quellen: Immobilienscout24.de, vdpResearch (Verband deutscher Pfandbriefbanken)

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 31 - Foto: Arto - Fotolia.com

Inhalt

Bundshaushalt. Der Bundesfinanzminister will die Vorgaben der Schuldenbremse schon 2013 erfüllen, nimmt aber für den ESM in diesem Jahr mehr Schulden auf.
Seite 3

Zuwanderung. Menschen mit Migrationshintergrund haben es nach eigenem Bekunden in Deutschland leichter als anderswo in Europa und wünschen sich hier eine langfristige Perspektive.
Seite 4-5

Straßenverkehr. Die EU will die Grenzwerte für CO₂-Emissionen von Pkws ab 2020 nochmals drastisch verschärfen – auch für die deutschen Produzenten eine gewaltige Herausforderung.
Seite 6-7

Normenkontrollrat. Der von der Bundesregierung 2006 eingesetzte BürokratietÜV hat den Unternehmen bisher 7,5 Milliarden Euro an Bürokratiekosten erspart.
Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ **Köln lag die Teuerung mit nicht einmal 9 Prozent sogar unter dem Bundesdurchschnitt.**

Von einer Preisblase kann auch deshalb nicht die Rede sein, weil eine Blase voraussetzt, dass die hohen Preise auf einem (Irr-)Glauben der Investoren beruhen – diese müssen annehmen, dass die Immobilien permanent an Wert gewinnen. Die Anleger wetten also auf einen höheren Wiederverkaufspreis und heizen so die Nachfrage an. Realisieren sie, dass ihre Erwartungen zu optimistisch waren, kommt es zu einer Welle von Verkäufen – die Spekulationsblase platzt, die Preise purzeln.

Das IW Köln hat in den fünf Großstädten insbesondere folgende Kriterien beurteilt:

Mieten. Steigen die Immobilienpreise über längere Zeit schneller als die Mieten, droht irgendwann eine Korrektur. Aktuelle Zahlen zeigen jedoch, dass die Preise den Mieten nur in Hamburg und München davongelaufen sind – im internationalen Vergleich allerdings in moderatem Ausmaß. Außerdem dürften gerade diese beiden Städte weiterhin äußerst attraktiv bleiben, weshalb Investoren bereit sind, selbst bei niedrigen Renditen noch zu kaufen.

Beschäftigung. Die Zahl der Arbeitnehmer in den fünf Städten hat sich besser entwickelt als im Bundesdurchschnitt. So stieg die bundesweite Beschäftigtenzahl von März 2006 bis September 2011 um 11,7 Prozent, in München dagegen um 12,2 Prozent, in Hamburg um 16,1 Prozent und in Berlin um 16,6 Prozent. Mehr Jobs bedeuten mehr Einkommen – ein Trend, der schon deshalb weitergehen dürfte, weil in den Metropolen die Bevölkerung weiter zunimmt. Allein München dürfte im Jahr 2030 knapp 15 Prozent mehr Einwohner haben als heute.

Transaktionen. Steigt in Boomphasen die Zahl der Immobilienverkäufe nur deswegen an, weil von weiter steigenden Preisen ausgegangen wird, droht eine spekulative Blase. Charakteristisch sind dann vor allem erhöhte Wiederverkaufsrate der Immobilien, die die Transaktionsvolumina erhöhen.

Tatsächlich aber hat die Nachfrage nach Immobilien bundesweit stärker angezogen als das Angebot. Nur Berlin tanzt aus der Reihe (Grafik): An der Spree hat sich die Zahl der angebotenen Objekte seit 2007 um 60 Prozent erhöht. Offenbar ist in Berlin die Transaktionsgeschwindigkeit

und damit auch die Wiederverkaufsrate der Immobilien gestiegen.

Im Vergleich zu den anderen Metropolen sind in der Hauptstadt auch die fundamentalen Daten am schlechtesten: Berlin hat eine alte Bevölkerung und einen hohen Anteil an Grundsicherungs- und Wohngeldempfängern. Doch gemessen an den Kriterien Mieten, Beschäftigung und Kreditvergabe ist die Lage alles andere als besorgniserregend.

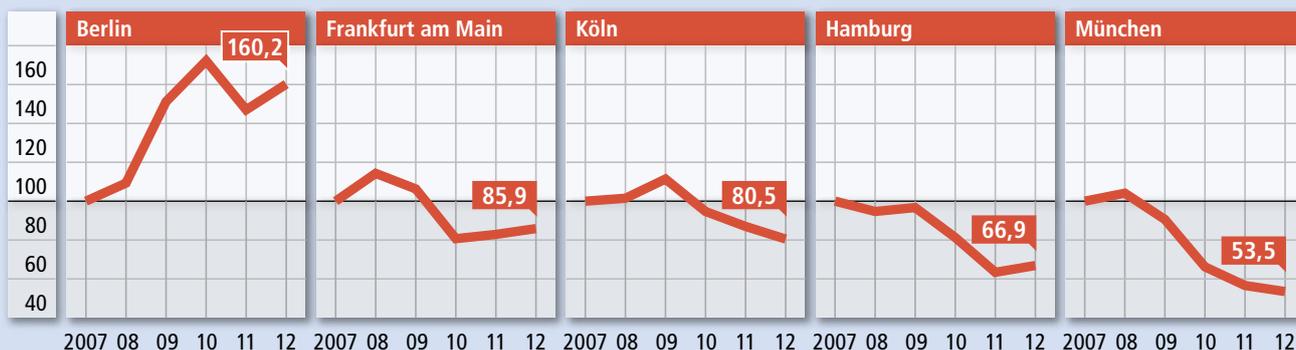
Kreditvergabe. Spekulative Blasen gehen üblicherweise mit einer expansiven Kreditvergabe einher. Doch davon ist in Deutschland nirgends etwas zu sehen: Trotz historisch niedriger Zinsen steigt das Kreditvolumen für Wohnungskäufe nur minimal. Die Bundesbürger tilgen offenbar lieber ihre Kredite schneller und sichern sich längerfristig ab. Die Eigenkapitalanteile bei der Finanzierung bleiben konstant, mancherorts steigen sie sogar.

Information aus IW-Trends 3/2012

Ralph Henger, Kirill Pomogajko, Michael Voigtländer: Gibt es eine spekulative Blase am deutschen Wohnimmobilienmarkt?
www.iwkoeln.de/trends

Immobilien: Berlin sucht Käufer

Zahl der zum Kauf angebotenen Wohnungen, jeweils 1. Quartal, 2007 = 100



Quelle: Immobilienscout24.de

Mehr Schulden für den ESM

Bundeshaushalt. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble will die Vorgaben der Schuldenbremse schon 2013 erfüllen und die Neuverschuldung unter 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) drücken. Allerdings nimmt er für den ESM in diesem Jahr mehr Schulden auf.

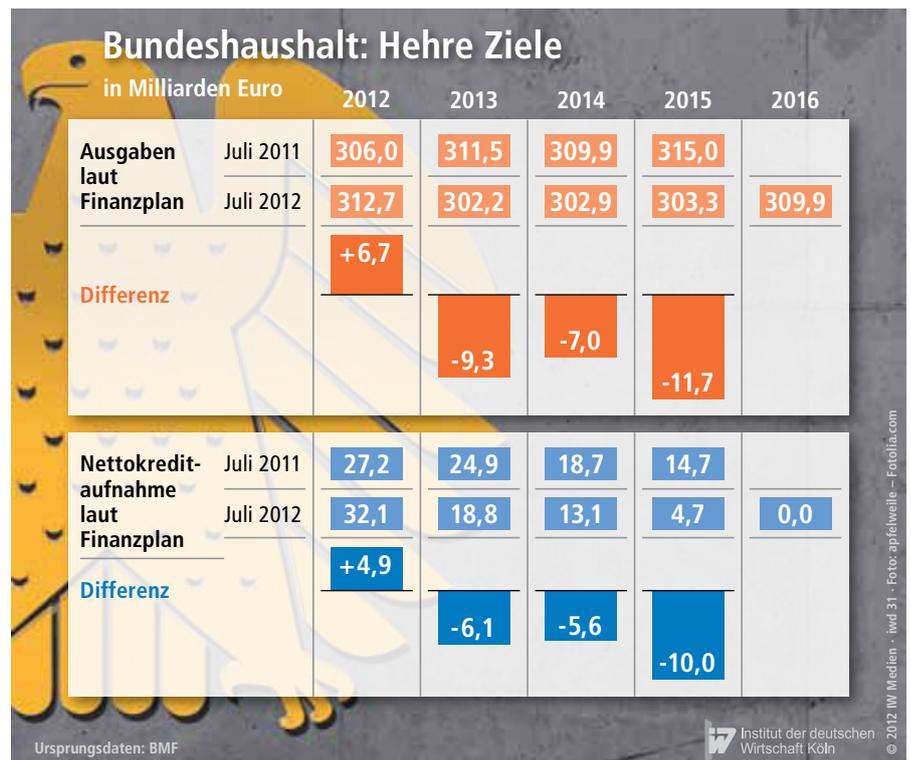
Wie man auch ohne konsequentes Sparen den Haushalt im kommenden Jahr konsolidieren kann, zeigt die Bundesregierung mit ihrem vor kurzem verabschiedeten Finanzplan (Grafik): Einen Teil der ursprünglich ab 2013 vorgesehenen Zahlungen an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) hat Bundesfinanzminister Schäuble einfach in das Haushaltsjahr 2012 vorgezogen. Dadurch steigt die Neuverschuldung im aktuellen Etat um fast 5 Milliarden Euro. Die niedrigere Nettokreditaufnahme im nächsten Jahr wird sozusagen vorfinanziert.

Immerhin nutzt die Bundesregierung die zu erwartenden Steuermehreinnahmen, um künftig deutlich weniger neue Schulden zu machen. So kassiert der Bund nach der jüngsten Steuerschätzung im kommenden Jahr 260 Milliarden Euro – 2,5 Milliarden Euro mehr als ursprünglich kalkuliert.

Der Bundesfinanzminister profitiert darüber hinaus von den derzeit äußerst günstigen Zinsen für deutsche Staatsanleihen:

Die Zinsausgaben des Staates sinken im kommenden Jahr gegenüber der ursprünglichen Planung um mehr als 3 Milliarden Euro.

Mit den prognostizierten Steuermehreinnahmen und den eingespar-



ten Zinsausgaben kann die Bundesregierung jene 4,3 Milliarden Euro finanzieren, die Deutschland im Jahr 2013 als zweite Tranche an den ESM überweisen muss.

Wenn die Rechnung des Finanzministers aufgeht, müsste Deutschland im Jahr 2016 erstmals seit 1970 keine neuen Schulden machen. Im besten Fall könnte dann sogar damit begonnen werden, den Schuldenberg des Bundes von derzeit 1,3 Billionen Euro abzutragen.

Verschärft sich jedoch die Eurokrise, sind die neuen Berechnungen schnell Makulatur. Denn in der aktuellen Haushaltsplanung und im mittelfristigen Finanzplan sind jene Risiken nicht beziffert, die sich aus den Verpflichtungen ergeben, die Deutschland im Zuge der Unterstützung von Euro-Krisenstaaten eingegangen ist:

Zum einen sind das Garantien und Bürgschaften, die erst dann auf den Haushalt durchschlagen, wenn sie tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Zum anderen trägt der Bund die volle Verantwortung für die Einhaltung des europäischen Fiskalvertrags. Demnach müssen Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen ihre Neuverschuldung bis zum Jahr 2014 zusammen auf maximal 0,5 Prozent des BIP zurückfahren. Wenn einzelne Bundesländer aber keine Haushaltsdisziplin zeigen, kann es sein, dass diese Hürde gerissen wird. In dem Fall muss allein der Bund dafür geradestehen und Strafzahlungen an den ESM leisten; und zwar in Höhe von bis zu 0,1 Prozent des BIP.

Die Bundesregierung darf sich also keinesfalls zurücklehnen und sich auf steigenden Steuereinnahmen und sinkenden Zinsausgaben ausruhen. Dies gilt umso mehr, als die Zinsen voraussichtlich nicht mehr allzu lange auf dem jetzigen Niveau bleiben werden – immerhin hat die Ratingagentur Moody's den Ausblick für die Kreditwürdigkeit Deutschlands gerade von „stabil“ auf „negativ“ herabgestuft.

Gekommen, um zu bleiben

Zuwanderung. Menschen mit Migrationshintergrund haben es nach eigenem Bekunden in Deutschland leichter als anderswo in Europa. Sie finden hier einfacher einen Job und wünschen sich eine langfristige Perspektive – auch für ihre Familien – sowie berufliche Aufstiegsmöglichkeiten.

Dass hierzulande Fachkräfte gesucht werden, hat sich in aller Welt herumgesprochen – die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist 2011 stärker gestiegen als in den vorherigen 15 Jahren.

Doch wie beurteilen Migranten in Deutschland und anderen EU-Staaten ihre Situation? Dazu wurden Ende 2011/Anfang 2012 im Auftrag der belgischen King Baudouin Foundation und der Migration Policy Group knapp 7.500 Menschen

aus Nicht-EU-Ländern in insgesamt 15 europäischen Städten befragt.

Für Deutschland wurden Berlin und Stuttgart ausgewählt, um Ost- und Westdeutschland zu repräsentieren. Gefragt wurde nach Alltagserfahrungen im Berufsleben, dem Spracherwerb oder der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben. Die Ergebnisse stellen der Bundesrepublik ein gutes Zeugnis aus (Grafik):

Menschen mit Migrationshintergrund haben auf dem deutschen Arbeitsmarkt weniger Probleme und finden leichter eine passende Stelle als in anderen europäischen Ländern.

Nur in Ungarn haben Nicht-EU-Migranten ähnlich gute Bedingungen, während gerade in Südeuropa der Weg zu einer passenden Arbeitsstelle steinig ist – auch wegen der weit verbreiteten Schwarzarbeit.

Migranten: Leichter Start in Deutschland

So viel Prozent der Migranten aus Nicht-EU-Staaten hatten bei der Arbeitssuche in diesen Städten mindestens ein Problem

		Häufigstes Problem	Geringstes Problem
Faro (Portugal)	82,9	Sprache 62,7	persönliche Einschränkungen 26,4
Lissabon (Portugal)	79,0	befristete Verträge 54,4	persönliche Einschränkungen 23,1
Mailand (Italien)	78,8	befristete Verträge 52,3	persönliche Einschränkungen 17,3
Setubal (Portugal)	78,4	befristete Verträge 56,7	Sprache 21,1
Neapel (Italien)	73,7	Sprache 48,4	eingeschränkte Arbeitserlaubnis 24,7
Lüttich (Belgien)	72,2	Diskriminierung 43,8	eingeschränkte Arbeitserlaubnis 0
Brüssel (Belgien)	70,9	befristete Verträge 42,9	eingeschränkte Arbeitserlaubnis 0
Lyon (Frankreich)	68,9	befristete Verträge 43,3	eingeschränkte Arbeitserlaubnis 0
Paris (Frankreich)	66,9	befristete Verträge 39,6	eingeschränkte Arbeitserlaubnis 0,5
Antwerpen (Belgien)	61,0	Sprache 34,9	eingeschränkte Arbeitserlaubnis 2,6
Madrid (Spanien)	57,5	befristete Verträge 31,9	persönliche Einschränkungen 5,3
Barcelona (Spanien)	51,4	befristete Verträge 21,2	persönliche Einschränkungen 3,4
Stuttgart (Deutschland)	46,9	befristete Verträge 31,9	eingeschränkte Arbeitserlaubnis 3,2
Budapest (Ungarn)	40,8	Sprache 31,5	eingeschränkte Arbeitserlaubnis 7,7
Berlin (Deutschland)	36,4	befristete Verträge 19,0	eingeschränkte Arbeitserlaubnis 2,5

Befragung von 7.473 aus Nicht-EU-Ländern stammenden Migranten in 15 europäischen Städten von Oktober 2011 bis Januar 2012; Migranten: Nicht-EU-Bürger oder Staatenlose ab 15 Jahren, die nicht im Zielland bzw. in der EU, EFTA oder der Schweiz geboren wurden und seit mehr als einem Jahr legal im Zielland leben; Probleme: Sprache, befristete Verträge, mangelnde Qualifikation, Diskriminierung, persönliche Einschränkungen (z. B. familiäre Verpflichtungen), kein Angebot an legalen Jobs und eingeschränkte Arbeitserlaubnis
Quelle: King Baudouin Foundation und Migration Policy Group

Migranten

Bei Migranten und Migrantinnen wird zwischen zwei Gruppen unterschieden: Wer im Ausland geboren wurde und selbst nach Deutschland eingewandert ist, wer also eigene Migrationserfahrung hat, zählt zur sogenannten ersten Migrantengeneration. Wer dagegen als Nachfahre der ersten Migrantengeneration in Deutschland geboren wurde, hat keine eigene Migrationserfahrung – diese Gruppe wird als zweite oder höhere Migrantengeneration bezeichnet. Unterschiede gibt es auch für Zuwanderer aus EU-Staaten bzw. Nicht-EU-Staaten. Für EU-Zuwanderer gilt Niederlassungsfreiheit – für Bulgaren und Rumänen allerdings erst ab 2013. Ausländer aus Nicht-EU-Staaten erhalten zunächst einen Aufenthaltstitel, der nach drei Jahren in eine Niederlassungserlaubnis umgewandelt werden kann.

Für Zuwanderer in Deutschland sind vor allem befristete Arbeitsverträge ein Handicap. Dennoch:

Mehr als 80 Prozent der Befragten wünschen sich eine langfristige Perspektive in Deutschland.

Zwei weitere strukturelle Probleme, denen Migranten bei der Arbeitssuche in anderen Ländern Europas häufig begegnen, sind in Westeuropa Diskriminierung wegen der Herkunft und in Südeuropa das mangelnde Angebot an legalen Jobs. Beide Phänomene spielen in Deutschland eine geringere Rolle und werden von weniger als 20 Prozent der Befragten genannt.

Insgesamt sind Migranten mit ihrer Lebenssituation in Deutschland im innereuropäischen Vergleich zufrieden (Grafik). Besonders positiv bewerten sie ihr Familien- und ihr gesellschaftliches Leben sowie ihre Gesundheit. Mit ihrem Bildungsstand und ihrem Job sind sie allerdings etwas unzufriedener als Zuwanderer in anderen EU-Staaten.

Dies bedeutet aber nicht, dass Migranten sich für ihre Arbeit überqualifiziert fühlen. So gab weniger als jeder siebte berufstätige Migrant an, einen Job auszuüben, der seine Fähigkeiten unterfordert.

Unterm Strich wird Deutschland als ein Land wahrgenommen, in dem es relativ leicht ist, einen Job zu finden, und wo es sich gut leben lässt. Allerdings sagen nur knapp 30 Prozent der Befragten, dass sie von ihren aktuellen Einkünften komfortabel leben können. Und mehr als die Hälfte findet es schwierig bis sehr schwierig, bei finanziellen Problemen einen Kredit zu bekommen.

Migranten in Deutschland: Job könnte besser laufen

So schätzen Migranten aus Nicht-EU-Ländern ihre persönliche Lebenssituation ein

0 = sehr unzufrieden, 10 = sehr zufrieden ■ Deutschland ■ Europäischer Durchschnitt



Migranten: Nicht-EU-Bürger oder Staatenlose, die seit mehr als einem Jahr legal im Zielland leben und 15 Jahre und älter sind; Befragung von 7.468 aus Nicht-EU-Ländern stammenden Migranten in 15 europäischen Städten von Oktober 2011 bis Januar 2012
Quelle: King Baudouin Foundation und Migration Policy Group

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 31

Für eine bessere Zukunft in Deutschland sind Migranten bereit, sich ins Zeug zu legen oder auch vorübergehende Nachteile in Kauf zu nehmen. So arbeitet fast ein Viertel von ihnen in einem Beruf, der

nichts mit ihrer Ausbildung zu tun hat. Sogar die angeblich so schwierige Sprache schreckt die Migranten nicht ab – nicht einmal 6 Prozent gaben an, sich mit dem Erlernen von Deutsch schwergetan zu haben.

Willkommenskultur

Die Einführung der sogenannten Blue Card (vgl. iw-d 3/2012) erleichtert Fachkräften aus Drittstaaten die Zuwanderung in die EU. Die Blue Card ist eine vereinfachte Arbeitserlaubnis für zunächst drei Jahre und gilt in Deutschland ab August 2012. Wenn aber noch mehr Hochqualifizierte den Weg in die Bundesrepublik finden sollen, müssen Politik und Unternehmen flankierende Maßnahmen ergreifen.

Das Stichwort heißt Willkommenskultur – dazu zählen Hilfestellungen für die künftigen Mitarbeiter von der Begleitung zu Behörden bis hin zu Sprachkursen und Angeboten für die Familien.

Eine solche Willkommenskultur ist z. B. in der brandenburgischen Firma RapidEye längst gang und gäbe. Der international ausgerichtete Geoinformationsdienstleister beschäftigt Mitarbeiter aus 20 Nationen. Die Firmensprache ist Englisch. Einige Maßnahmen:

- Stellenannoncen und -beschreibungen werden auf Englisch verfasst, um auch ausländische Bewerberinnen und Bewerber gezielt anzusprechen.

- Fachkräfte werden international über Online-Stellenbörsen und über Partnerunternehmen im Ausland rekrutiert.
- Neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden erfahrene Angestellte zur Seite gestellt, die etwa bei Behördengängen, Genehmigungsverfahren, Versicherungsfragen und der Wohnungssuche helfen.
- Es gibt Inhouse-Deutsch- und -Englischkurse für die Mitarbeiter sowie für deren Familienangehörige.
- Vierteljährlich findet eine Firmenfeier für Mitarbeiter und deren Familien statt, die die kulturelle Vielfalt des Unternehmens widerspiegelt.

Weitere Informationen:

www.kompetenzzentrum-fachkraeftesicherung.de – das Portal des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung bietet als Teil der bundesweiten Fachkräfteoffensive kleinen und mittleren Unternehmen aktuelle Informationen und konkrete Umsetzungshilfen, wie sie Fachkräfte finden, im Unternehmen halten und qualifizieren.
www.charta-der-vielfalt.de – Unternehmen und Verwaltungen bekennen sich darin zu einer Kultur der Vielfalt und fördern sie.

Brüssel macht Druck

Straßenverkehr. In vielen Ländern müssen Autohersteller inzwischen Grenzwerte für die CO₂-Emissionen ihrer Fahrzeuge einhalten. Die EU will die bestehende Regelung ab 2020 nochmals drastisch verschärfen. Auch für die deutschen Produzenten ist dies eine gewaltige Herausforderung.

Angesichts steigender Energiepreise wird der Kraftstoffverbrauch als Kriterium beim Autokauf immer bedeutsamer. Folglich müssen die Hersteller ihre Fahrzeuge noch stärker auf Sparsamkeit trimmen. In Deutschland stimmt die Richtung – hier sind immer mehr spritsparende Pkws unterwegs:

Von den 2011 neu zugelassenen Pkws hatten 60 Prozent einen – unter normierten Bedingungen gemessenen – Kraftstoffverbrauch von weniger als 6 Litern je 100 Kilometer.

Damit ist der Normverbrauch von Neuwagen in den vergangenen fünf Jahren im Schnitt um 16 Prozent gesunken. Dies schlägt sich auch im verursachten CO₂-Ausstoß nieder (Grafik):

In Deutschland liegen die CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs mit 147 Millionen Tonnen inzwischen wieder unter dem Niveau von 1990.

Spitzenreiter waren zuletzt die USA mit 1,5 Milliarden Tonnen.

Angesichts der damit verbundenen Klimawirkungen haben inzwischen zahlreiche Staaten Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß von Fahrzeugen eingeführt. Die EU zeigt hier den größten Ehrgeiz (Grafik Seite 7):

Einem Beschluss der Europäischen Kommission zufolge sollen neue Pkws ab dem Jahr 2020 im Schnitt nur noch 95 Gramm Kohlendioxid je Kilometer ausstoßen dürfen – das entspräche einem Kraftstoffverbrauch von weniger als 4 Litern je 100 Kilometer.

Die Autofahrer sollen von diesem Vorhaben, das noch von Parlament und Rat der EU angenommen werden muss, über sinkende Benzinkosten sogar profitieren (Kasten).

Die Fahrzeughersteller werden dagegen mächtig unter Druck gesetzt, wie ein Vergleich mit der geltenden Regelung zeigt. Sie gibt den Firmen von 2006 bis 2015 Zeit, den CO₂-Ausstoß um 30 Gramm auf 130 Gramm zu reduzieren. Nach dem neuen Plan müssten die Auto-

Gut für Autofahrer

Die EU-Kommission geht davon aus, dass der ab 2020 vorgesehene CO₂-Grenzwert für Neufahrzeuge den Verbrauchern unterm Strich mehr Geld im Portemonnaie beschert. Denn selbst wenn die Produzenten die Kosten für die erforderliche technologische Aufrüstung voll an die Käufer weitergeben, sollen Pkws im Schnitt schätzungsweise nur um 1.100 Euro teurer werden. Im Gegenzug, so die Brüsseler Rechnung, würde jedoch der zulässige Spritverbrauch von Neuwagen um 27 Prozent sinken. Dadurch könnten die Autofahrer je nach Ölpreis über die maximale Lebenszeit ihres Fahrzeugs (13 Jahre) gerechnet zwischen 2.900 und 3.900 Euro an Spritkosten sparen.

bauer die CO₂-Emissionen innerhalb von nur fünf Jahren nochmals um 35 Gramm senken. Das ist auch deshalb eine sehr kurze Frist, weil die Entwicklung eines neuen Fahrzeugs etwa vier bis fünf Jahre dauert und ein Modell dann typischerweise acht Jahre auf dem Markt ist.

Besonders gravierend ist das Problem bei großen Fahrzeugen. Diese dürfen zwar auch ab 2020 mehr CO₂ emittieren als Kleinwagen. Da aber der Grenzwert unterproportional zum Gewicht steigt, müssen die Hersteller bei schweren Pkws den CO₂-Ausstoß am stärksten senken.

Nur in Deutschland hat das Klima Vorfahrt

Kohlendioxid-Emissionen des Straßenverkehrs, 1990 = 100

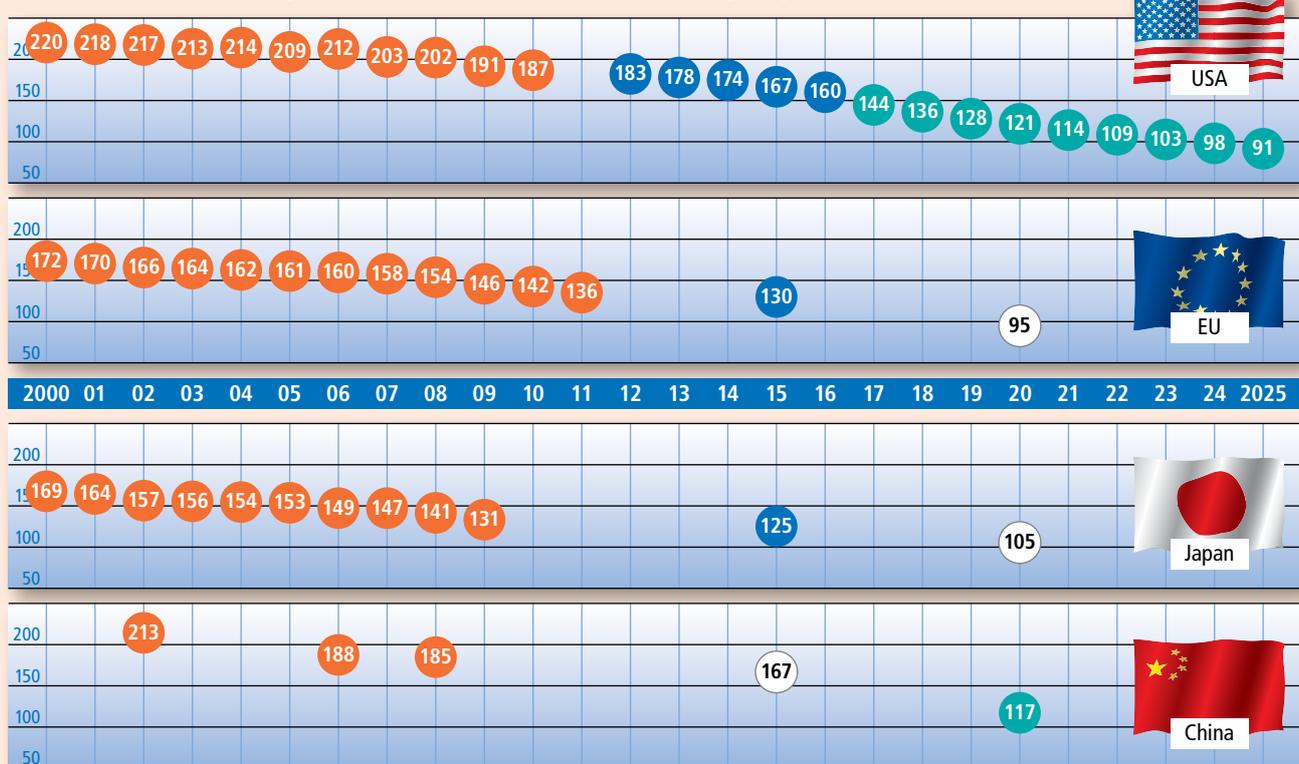


Quellen: Internationale Energie-Agentur (IEA), Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC)

Grenzwerte für Pkw-Emissionen sinken

Kohlendioxid-Emissionen von neu zugelassenen Pkws in Gramm je gefahrenen Kilometer

■ Ist-Werte bei den Neuzulassungen ■ Verabschiedete Grenzwerte □ Im Gesetzgebungsprozess ■ In der Diskussion



Kohlendioxid-Emissionen: umgerechnet gemäß den europäischen Testnormen; Pkws: ohne Geländewagen
China: nur Pkws mit Benzinmotor; Quelle: International Council on Clean Transportation (ICCT)

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 31

Können die Autofirmen den für sie jeweils festgelegten Grenzwert nicht einhalten, droht je verkauftes Fahrzeug eine Strafe von 95 Euro pro zu viel emittiertes Gramm Kohlendioxid. Das ist happig, wie ein Beispiel zeigt: Ein Pkw, dessen CO₂-Emission den firmenspezifischen Grenzwert um 4 Gramm übersteigt, stößt über eine Gesamtfahrleistung

von 250.000 Kilometern zusätzlich 1 Tonne CO₂ aus – dafür müsste der Hersteller 380 Euro Strafe zahlen. Ein Zertifikat zur Emission von 1 Tonne CO₂ wird dann aber voraussichtlich weniger als 30 Euro kosten.

Die Strafzahlungen sind umso kritischer zu bewerten, als Spritsparmaßnahmen – etwa per Hybridtechnik – immer teurer werden.

Ohne einen größeren Markt für Elektrofahrzeuge werden die Hersteller den geplanten Grenzwert wohl nur schwer einhalten können. Daher sollte die EU nach dem Vorbild der USA entsprechende Anreize setzen und Elektromodelle bei der Berechnung des firmenspezifischen CO₂-Grenzwerts stärker gewichten, als es der aktuelle Plan vorsieht.

JUNIOR-Europawettbewerb: Gebärdensprachen-App gewinnt

„Sign4life“ heißt der Sieger des diesjährigen Europawettbewerbs der Schülerfirmen, der vom 19. bis 22. Juli in der rumänischen Hauptstadt Bukarest stattfand. Die Jungunternehmer aus Irland überzeugten die zehnköpfige internationale Jury mit einer App für Gebärdensprache, die auf dem Google-Android-Markt angeboten wurde. Am Ende setzte sich das irische Team gegen Konkurrenten aus 31 anderen europäischen Ländern durch.

Den zweiten Platz belegte Israel mit der Schülerfirma „Mama-baker“. Die Jugendlichen entwickelten einen Edelstahl-Teigroller

mit integriertem Mehlbestäuber. Auf den Bronzerang kam das Unternehmen „Aim“ aus der Slowakei. Die Schülerinnen und Schüler präsentierten eine belebende Schokolade, die Kaffee oder Energy-Drinks ersetzt.

Die deutschen Vertreter „Lillepot“, die im Juni mit ihren Geschenkboxen den JUNIOR-Bundeswettbewerb gewonnen hatten (vgl. Iwd 27/2012), kamen im Bukarester Parlamentspalast leider nicht aufs Treppchen, sondern teilten sich mit allen übrigen Mitstreitern offiziell den vierten Platz.

Weitere Informationen: www.juniorprojekt.de

Neue Aufgaben für Bürokratie-Tester

Normenkontrollrat. Der von der Bundesregierung im Jahr 2006 eingesetzte Bürokratie-TÜV hat den Unternehmen bisher 7,5 Milliarden Euro an Bürokratiekosten erspart.

Zwar hat der Nationale Normenkontrollrat (NKR) bereits 1.756 Gesetze auf den Prüfstand gestellt (Grafik) und Verbesserungen erreicht, doch einiges ist bislang durch sein Raster gefallen. Denn der NKR klopft Gesetzestexte des Bundes ausschließlich daraufhin ab, ob es nicht effektivere Wege gibt, wie Unternehmen ihre Dokumentationspflichten erfüllen können (Kasten).

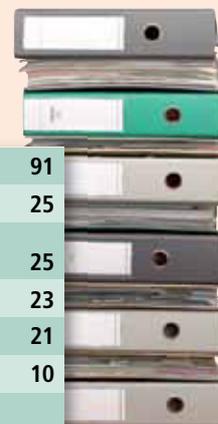
Und es gibt Schlupflöcher: Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz etwa schreibt nicht vor, Einstellungsverfahren zu dokumentieren. Das aber ist in der Praxis unerlässlich – denn wenn eine Firma darauf verzichtet, Bewerbungsgespräche zu dokumentieren, hat sie bei einem Gerichtsverfahren schlechte Karten.

Bürokratieabbau: Viel Arbeit für den Normenkontrollrat

So viele Regelungen hat der Nationale Normenkontrollrat zwischen 2006 und Mai 2011 von den Ministerien erhalten, um sie auf Vereinfachungen der Informationspflichten von Unternehmen zu überprüfen

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	332	Gesundheit	91
Finanzen	276	Verteidigung	25
Wirtschaft	215	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	25
Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	202	Bildung und Forschung	23
Arbeit und Soziales	163	Auswärtiges Amt	21
Inneres	156	Bundeskanzleramt	10
Justiz	108	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6
Umwelt	103		
		Insgesamt	1.756

Informationspflichten: z. B. Aufbewahrungsfristen für Rechnungen, allgemeine Buchführung, Dokumentationspflichten für die Sozialversicherung, Aufstellungen für das Statistische Bundesamt
Quelle: Nationaler Normenkontrollrat



© 2012 IW Medien - iwvd 31 - Foto: fotodesign-jegg - Fotolia.com

IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Als stumpfes Schwert erweist sich der NKR auch, wenn Dokumentationspflichten auf dem Verordnungsweg eingeführt werden – wie etwa die Gelangensbestätigung. Auf diesem Formular müssen sich Exporteure den Eingang ihrer Ware vom Empfänger im EU-Ausland bestätigen lassen. Nur so sparen sie sich die für Inlandsverkäufe fällige Umsatzsteuer.

Im März 2011 wurden die Kompetenzen des Kontrollrats deutlich erweitert. Nun müssen die Ministerien bei Gesetzentwürfen auch die Folgekosten für die Bürger und die Verwaltung ausweisen und dem Gremium zur Stellungnahme vorlegen – das gilt aber nicht für Entwürfe aus den Parlamentsfraktionen.

Der Normenkontrollrat

Im August 2006 hat der Bundestag den Nationalen Normenkontrollrat (NKR) eingesetzt. Er besteht aus Experten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Justiz und Verwaltung. Das zehnköpfige NKR-Sekretariat hat seinen Sitz im Bundeskanzleramt.

Das Prozedere: Zunächst ermitteln die einzelnen Ministerien in ihrem Fachgebiet, wie lange ein Unternehmen für das Ausfüllen von Formularen braucht, die auf Bundesgesetze zurückzuführen sind, und was das kostet. Auf Grundlage dieser Daten schlägt der NKR dann vor, wie man den Bürokratiebuschungen lichten kann.

Der NKR nimmt darüber hinaus sämtliche Gesetzesvorhaben der Bundesregierung unter die Lupe, um unnötige Verwaltungsakte im Keim zu ersticken.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwvd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.